

# MDL-NEWSLETTER

7/2023

**BERND KRÜCKEL MDL**  
Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**  
Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg



**Der Vorstand der Lebenshilfe Heinsberg  
zu Gast im Landtag NRW**



# FACHKRÄFTEOFFENSIVE

## Lebenshilfe setzt sich für zukunftsorientierte Maßnahmen ein

In einer Zusammenkunft während der Plenarwoche im August haben wir uns gemeinsam mit weiteren Abgeordneten sowie Vertretern der Lebenshilfe getroffen, und mit dem zuständigen Staatssekretär Matthias Heidmeier aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die dringenden Herausforderungen und Potenziale der Fachkräfteoffensive NRW im Kontext der Arbeit der Lebenshilfe erörtert.

In den Gesprächen, die im Düsseldorfer Landtag stattfanden, wurden verschiedene Schwerpunktthemen diskutiert, die im Zuge der Fachkräfteoffensive angegangen werden sollen. Ein Hauptanliegen betrifft die Ausbildung und Entwicklung von Fachkräften im Bereich der Heilerziehungspflege

und Erziehung. Dabei wurde die Verkürzung der Ausbildungszeit für Heilerziehungspfleger und Erzieher in Erwägung gezogen, um den Nachwuchs schneller in die Praxis zu bringen. Auch die Förderung der Ausbildung von Nicht-Fachkräften und Quereinsteigern wurde besprochen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken.

Besondere Aufmerksamkeit galt der dualen Ausbildung sowie der Weiterentwicklung der Heilerziehungspflege. Hierbei wurde angestrebt, den Zugang zur HEP-Ausbildung zu erleichtern und die vielseitige Einsetzbarkeit dieser Fachkräfte zu fördern, um ihre Attraktivität zu steigern.

Die Delegation betonte die Notwendigkeit einer angemessenen

Finanzierung der Praxisanleitung sowie der Fachschulen, um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen.

Internationale Fachkräfte wurden dabei nicht außer Acht gelassen. Das größte Potenzial, Arbeits- und Fachkräfte für unser Land zu gewinnen, liegt im Ausland. Die Schaffung von internationalen Standards zur Anerkennung von Ausbildungen sowie die Möglichkeit der Prüfung für Fachkräfte ohne Bildungsnachweise wurden daher diskutiert, um qualifizierte Kräfte aus dem Ausland besser zu integrieren.

Eine klare Position wurde gegen die übermäßige Akademisierung von Berufen in der Betreuung von Menschen mit Behinderung bezo-



**Bernd Krückel MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 26. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.



## Lebenshilfe Heinsberg

gen. Die Bedeutung von praktischer Erfahrung und spezifischer Ausbildung wurde betont.

Die Vereinfachung von bürokratischen Anforderungen war ein wichtiges Anliegen der Vertreter der Lebenshilfe. Die „Flut an Dokumentationsvorgaben“ wird als belastend für die Betreuung und Personalakquise wahrgenommen.

Eine Beschleunigung von Planungsprozessen sowie die Bewältigung überfordernder fachlicher Anforderungen werden als Schlüssel zur Erhaltung der Innovationskraft und Betreuungsressourcen angesehen.

Ein besonderes Augenmerk lag auf den Quartalsgesprächen zur Fachkräfteentwicklung. Erstmals waren Vertreter der sozialen Berufe eingeladen, um an diesen Gesprächen teilzunehmen und ihre Perspektiven einzubringen. Die Schaffung eines Netzwerks von Coaches in Berufskollegs und die enge Zusammenarbeit vor Ort wurden als Ansatzpunkte zur Förderung junger Menschen ohne klare berufliche Orientierung vorgestellt.

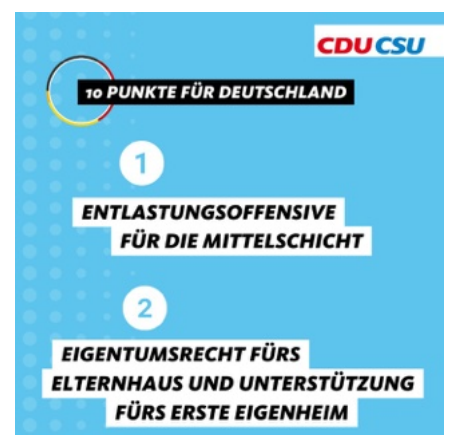
Die Lebenshilfe Heinsberg konnte auf eindrucksvolle Ergebnisse verweisen, darunter die Schaffung von 120 neuen Stellen im Jahr

2022, von denen 70 Fachkräfte waren. Dennoch wurden auch Schwierigkeiten hervorgehoben, wie die Herausforderungen der Eingliederungshilfe, die unterschiedlichen Konzepte in verschiedenen Regionen und der Mangel an Praxisanleitern.

Diese Gespräche mit der Lebenshilfe haben uns wichtige Erkenntnisse direkt aus der Praxis vermittelt. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Vertretern der Lebenshilfe und der Landesregierung verspricht, die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Betreuung für Menschen mit Behinderung in der Region nachhaltig zu verbessern.

Staatssekretär Heidmeier verwies dabei auf die geplanten Maßnahmen der Fachkräfteoffensive NRW, welche auch für den Bereich der Sozialwirtschaft Verbesserungen in der Personalsituation schaffen soll. Die konkreten Hinweise aus der Praxis, die wir bei dem Gespräch gewinnen konnten, werden in die Maßnahmen der Landesregierung einfließen. ■

Produktives Gespräch über Fachkräfteoffensive mit der Lebenshilfe Heinsberg im Düsseldorfer Landtag. Foto: privat



# CANNABIS-GESETZ STOPPEN

## Die Pläne der Bundesregierung verharmlosen Gefahren

Ich blicke mit Sorge auf die Diskussion um den Entwurf zum Cannabis-Gesetz und die angestrebte Teillegalisierung der Droge – dies auch aufgrund meiner eigenen Erfahrungen als Polizeibeamter.

Die Idee, dass eine Legalisierung von Cannabis mit einem wirksamen Jugendschutz einhergehen könnte, ist idealistisch und wenig realistisch, die potenziellen Auswirkungen auf unsere Kinder und Jugendlichen jedoch eine ernstzunehmende Gefahr.

Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass trotz aller Bemühungen, den Zugang zu regulieren, Jugendliche durch eine Legalisierung oft leichteren Zugang zu solchen Substanzen finden. Die Hoffnung, durch Legalisierung den Schwarzmarkt auszutrocknen, wird durch die Tatsache getrübt, dass illegale Quellen weiterhin einen beträchtlichen Anteil der Versorgung ausmachen.

Besonders beunruhigend sind die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen auf unsere jungen Mitbürger. Studien zeigen deutlich, dass der Cannabiskonsum bei Jugendlichen nachweislich negative Effekte auf die Hirnentwicklung haben kann. Kognitive Beeinträchtigungen, Probleme im Gedächtnis- und Lernverhalten sowie langfristige Auswirkungen auf die

psychische Gesundheit sind nur einige der Risiken, die wir nicht leichtfertig übersehen sollten.

Eine der größten Bedenken ist die mögliche Zunahme des Cannabiskonsums bei Minderjährigen. Eine verringerte Wahrnehmung der gesundheitlichen Risiken könnte dazu führen, dass Jugendliche diese Droge leichter akzeptieren und konsumieren. Das könnte nicht nur ihre schulische Leistung beeinträchtigen, sondern auch ihre allgemeine Entwicklung und Zukunftschancen gefährden.

Unsere bisherige Politik, die auf Prävention, Hilfe für Suchtkranke, Schadensminimierung und Angebotsreduzierung beruht, hat sich bewährt. Vergleichsweise niedrige Konsumquoten und die Zahl der Jugendlichen, die regelmäßig Cannabis konsumieren, zeigen, dass unsere Strategie Früchte trägt. Eine plötzliche Kursänderung hin zur Legalisierung birgt das Risiko, diese Fortschritte zu gefährden und junge Menschen den potenziellen Gefahren auszusetzen.

Das geplante „Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (CanG) stößt zudem auf erhebliche Kritik von verschiedenen Experten in Politik und Gesellschaft. Ein zentraler Aspekt betrifft die Völkerrechtswidrigkeit des

CanG. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) betont, dass der Gesetzesentwurf dem Völker- und Europarecht widerspricht. Das Bundesministerium sieht im internationalen und europäischen Rechtsrahmen begrenzte Möglichkeiten zur Umsetzung des CanG.



Die Bundesregierung plant, durch eine Interpretationserklärung gegenüber den Vertragsparteien der internationalen Übereinkommen die Umsetzung des Gesetzes zu rechtfertigen. Dies birgt jedoch das Risiko von Kritik und rechtlichen Herausforderungen in internationalen Gremien sowie von anderen Staaten.

Ein weiterer bedeutender Einwand gegen das CanG ist seine potenzielle Bürokratie. Die DPoG bezeichnet das Gesetz als „Bürokratiemonster“, das aufgrund seiner Überkomplexität zu Kontrollverlust in der Praxis führen könnte. Auch wenn das Gesetz angibt, dass es den Verwaltungsaufwand reduzieren würde, besteht die Sorge, dass die vielschichtigen Regelungen und Kontrollmechanismen zu einer schwerfälligen und ineffizienten Verwaltung führen könnten. Nicht nur müssen unsere Beamtinnen und Beamten künftig



»Die Pläne der Bundesregierung verharmlosen die Gefahren und erleichtern Jugendlichen den Zugang«

überprüfen, ob die mitgeführten Mengen von Cannabis über den erlaubten 25 Gramm liegen, auch soll es bestimmte Konsumverbote, z. B. vor Schulen geben, die wiederum Kontrollen verlangen.

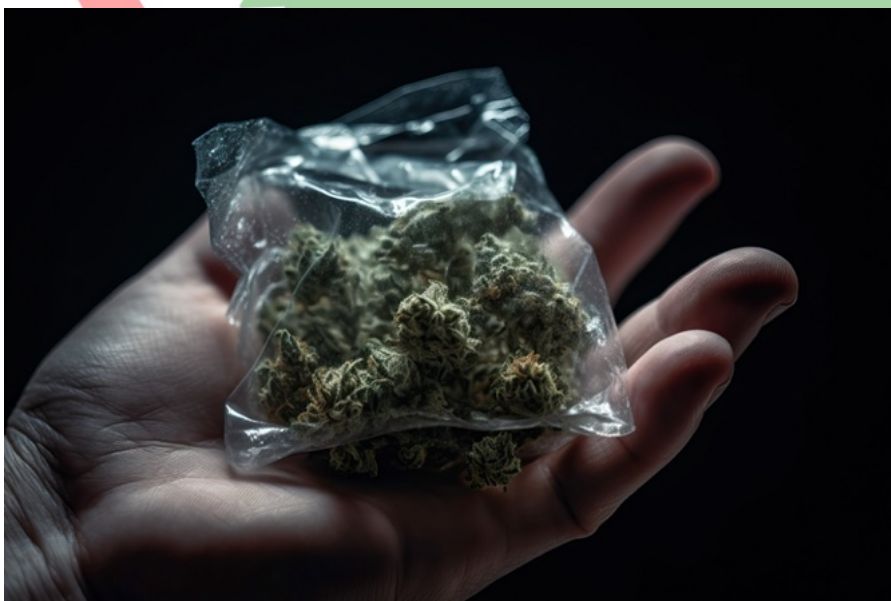
Ein weiterer wichtiger Punkt ist die potenzielle Zunahme von Kriminalität. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt davor, dass die zusätzlichen Kontrollaufgaben in Zusammenhang mit dem CanG die Ressourcen der Polizei beanspruchen und die Kriminalitätsbekämpfung in anderen Bereichen beeinträchtigen könnten.

Zudem wird befürchtet, dass das CanG die Justiz zusätzlich belas-

ten könnte. Der Deutsche Richterbund (DRB) verweist auf die Kleinteiligkeit des Gesetzes, die zu erhöhtem behördlichen Kontrollaufwand, vielen Streitfragen und einer Vielzahl von Verfahren vor Gericht führen könnte. Das Bundesjustizministerium hingegen argumentiert, dass eine pragmatischere Drogenpolitik zu einer Entlastung der Gerichte führen könnte, da weniger Fälle vor Gericht landen würden, wenn der legale Erwerb und Konsum von Cannabis ermöglicht würden.

Aus diesen guten Gründen halte ich es für angebracht, die geplante Cannabis-Legalisierung zu stoppen. Bundesminister Lauterbach und die Bundesregierung sollten das Gesetz zurückziehen, stattdessen die wirklichen Probleme in unserem Land angehen und anfangen, Gesetze zu schreiben, die Deutschland voranbringen und nicht unsere Jugend gefährden. ■

Foto: Adobe Stock; Illustrationen: CDU



# LANDESHAUSHALT 2024

## Schwieriges Jahr für NRW: Außerordentliche Belastungen und keine neue Schuldenaufnahme

Die Mitglieder des Landtags stehen in den kommenden Monaten vor anspruchsvollen Debatten, denn der eingebrachte Landeshaushalt für 2024 bringt zahlreiche außergewöhnliche Belastungen mit sich. Die Landesregierung sieht sich in Anbetracht einer Vielzahl von Herausforderungen mit einer komplexen finanziellen Situation konfrontiert.

Trotz einer Prognose, die inflationsbedingt steigende Einnahmen verheißt, kämpft der Landeshaushalt mit einem Dilemma: Obwohl die Steuereinnahmen von 74,4 Milliarden Euro auf 77,7 Milliarden Euro im kommenden Jahr steigen sollen, wird dieses Plus aufgezehrt, ohne dass sich Spielräume für neue Investitionen eröffnen.

Inflationsbedingt steigende Löhne für Landesbedienstete sowie höhere Beschaffungskosten beanspruchen einen Großteil der finanziellen Zuwächse. Die gestiegenen Zinsen führen allein dazu, dass der Finanzminister im nächsten Jahr fast eine Milliarde Euro zusätzlich aufwenden muss.

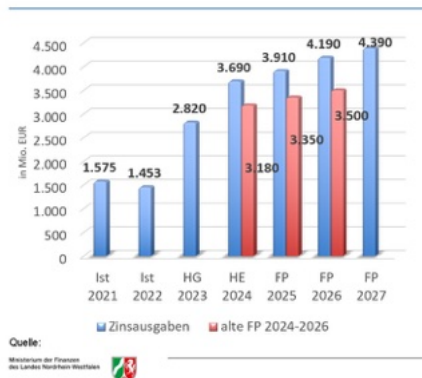
Der Landeshaushalt 2024 ist ein Sparhaushalt und die finanzielle Lage des Landes erfordert eine maßvolle Ausgabenpolitik. Anders als eine gängige Vorstellung von rigorosem Kürzen, wird im kommenden Haushalt eher auf ein besonnenes Ausgabeverhalten gesetzt, insbesondere in den verschiedenen Ministerien des Landes.

Obwohl der Haushaltsplan auf den ersten Blick ein beträchtliches Volumen von 101,9 Milliarden Euro aufweist, steht ein erheblicher Teil dieses Geldes nicht direkt für öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Straßen und Kitas zur Verfügung. Etwa drei Milliarden Euro sind für die Rückzahlung von Krediten vorgesehen, die während der Coronazeit aufgenommen, aber nie ausgegeben wurden.

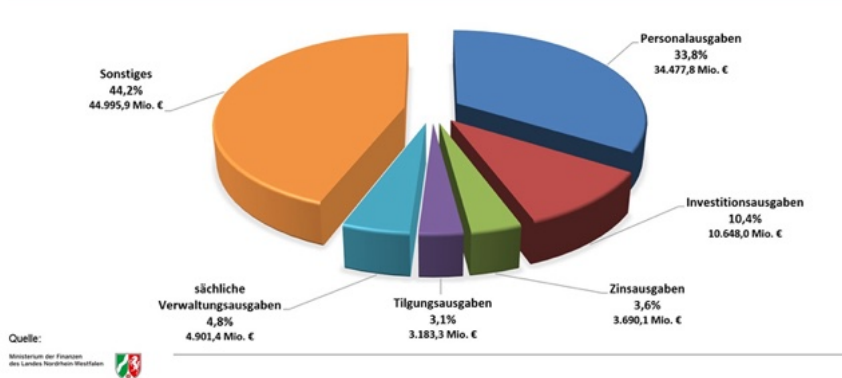
Bereinigt um solche Posten, beläuft sich das tatsächliche Ausgabevolumen auf etwa 96 Milliarden Euro im nächsten Jahr, also einen Anstieg um knapp zwei Milliarden



### Zinsentwicklung



### Ausgabenstruktur des Landeshaushalts 2024



# Gesamtausgaben



Quelle:



Euro. Neue Schulden sind im Landeshaushalt nicht geplant.

Trotz dieser finanziellen Restriktionen wird bei Bildungsinstitutionen nicht gespart. Die Ausgaben für Kitas und Schulen sollen im nächs-



Sie haben zurzeit nur wenig Grund zum Lachen: Finanzminister Dr. Marcus Op'tendrenk und Bernd Krückel beim Geburtstag eines Landtagskollegen

ten Jahr ebenso stark steigen wie vor der Energiekrise und dem Konjunkturreinbruch geplant. Die Erhöhung der Gehälter für Grundschullehrerinnen und -lehrer wird wie geplant voranschreiten, um bis 2026 das Niveau der Gehälter an weiterführenden Schulen zu erreichen.

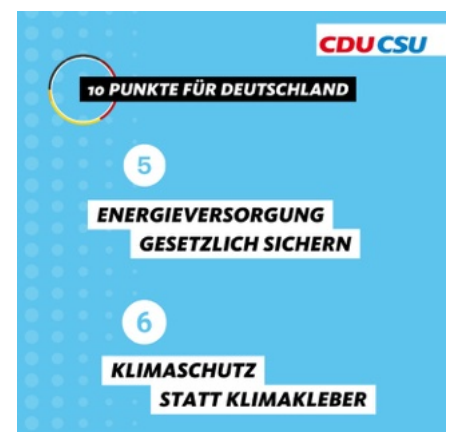
Die NRW-Koalition steht trotz dieser positiven Entwicklungen im Bildungsbereich vor Herausforderungen, da im kommenden Jahr kaum Spielraum für weitere Reformen besteht. Projekte, die im Koalitionsvertrag verankert sind und finanzielle Ressourcen erfordern, müssen zumindest für ein Jahr auf Eis gelegt werden.

Gerade im Bereich Vereins- und Sportförderung ist dies besonders bedauerlich, da die Bundesregierung im vergangenen Jahr in dem Bereich alle Förderungen eingestellt hat. Es wird nun mindestens noch ein Jahr dauern, bis wir unsere erfolgreichen und beliebten Programme wieder werden aufsetzen können.

Zusätzlich steht im nächsten Jahr kein „Sondervermögen“ mehr zur Verfügung, aus dem die Landesregierung seit 2020 zusätzliche Mit-

tel für die Bewältigung der Coronapandemie, der Energie- und Flüchtlingskrise entnehmen konnte.

Insgesamt steht unser Landeshaushalt für 2024 vor einer Bewährungsprobe, da außergewöhnliche Belastungen und finanzielle Restriktionen eine behutsame und zielgerichtete Haushaltspolitik erfordern und wir auch auf das Verständnis der Allgemeinheit setzen müssen, dass in schwierigen Zeiten gespart werden muss, um uns die Zukunft nicht mit Schulden zu verbauen. ■





# LAGEBILD SICHERHEIT

## NRW-Polizei

### durchleuchtet Clankriminalität

Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA NRW) veröffentlicht regelmäßig das Lagebild Clankriminalität – eine umfassende Analyse der aktuellen Situation in Bezug auf kriminelle Aktivitäten von kriminellen Großfamilien in Nordrhein-Westfalen. Das Lagebild bietet einen tiefen Einblick in die Tendenzen, Muster und Veränderungen im Bereich der Clankriminalität, gestützt auf die von der Polizei erfassten Straftaten und Tatverdächtigen.

Die Ursprünge dieses Lagebilds reichen zurück bis ins Jahr 2018, als das LKA NRW erstmals diese Initiative startete und seitdem jährlich aktualisiert. Anfangs konzentrierte sich die Erfassung auf Straftaten, die von Tatverdächtigen begangen wurden, die familiäre oder ethnische Verbindungen zu Clans aufwiesen, insbesondere türkisch-arabischer Großfamilien mit Bezügen zum Libanon oder zur Mhallamiye-Bevölkerungsgruppe.

Doch angesichts jüngster gewalttätiger Vorfälle prüft das LKA NRW nun die Notwendigkeit einer Erweiterung des Lagebilds, um auch andere bisher nicht erfasste Clanstrukturen adäquat einzubeziehen.

Dieses Lagebild fungiert als wertvolles Instrument zur Verfolgung und Analyse der Entwicklung der Clankriminalität im Laufe der Zeit.

Es unterstützt die Strafverfolgungsbehörden bei der Entwicklung und Anpassung von Strategien zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform und hilft politischen Entscheidungsträgern bei der effektiven Ressourcenverteilung und der Planung präventiver Maßnahmen.

Das LKA NRW hat inzwischen das Lagebild Clankriminalität für 2022 veröffentlicht. Es zeigt einen Anstieg von Straftaten und Tatverdächtigen mit Clanbezug im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurden 6.573 Straftaten mit Clanbezug registriert, ein Anstieg um 20,3 % im Vergleich zu 2021.

Bei diesen erschreckenden Zahlen muss jedoch beachtet werden, dass die Kriminalität in Coronazeiten grundsätzlich stark zurückging, der Anstieg beschreibt somit auch eine Korrektur dieser besonderen Zeit.

Die Straftaten umfassen vorwiegend Rohheitsdelikte und Straftaten gegen persönliche Freiheit. Die Zahl der Tatverdächtigen mit Clanbezug stieg um 11,2 % auf 4.035 Personen. Die meisten Tatverdächtigen sind männlich, zwischen 26 und 30 Jahre alt, und der Anteil syrischer Tatverdächtiger ist gestiegen.

Die Polizei führte im Jahr 2022 über 1.570 Objektkontrollen in 615 Razzien durch, wobei über

23 % der Objekte geschlossen wurden. Die meisten Straftaten wurden im Ruhrgebiet registriert, insbesondere in Essen, Recklinghausen und Gelsenkirchen. Es gab auch gewaltsame Auseinandersetzungen unter Clanmitgliedern.



Die Sicherheitskooperation Ruhr (SiKo-Ruhr) hat sich bewährt, indem sie Informationen vernetzt und Ermittlungserfolge erzielt hat. Das LKA NRW hat die Liste der Clannamen erweitert und untersucht, ob eine Erweiterung des Lagebilds um weitere Clanstrukturen notwendig ist.

Eine Auswahl aus den harten Fakten des Lagebilds zeigt Folgendes: Rohheitsdelikte (z. B. Raub, Körperverletzung) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit machen nach Angaben des LKA 30,9 % aller Taten aus. 14,9 % waren Vermögens- und Fälschungsdelikte, 14,6 % Diebstähle. Die Statistik zählt auch 24 „Straftaten gegen das Leben“, darunter Mord und Totschlag – wobei Versuche mit dazu zählen.

Essen lässt sich in diesem Berichtsjahr als Stadt mit den meisten Straftaten (11,2 %) sowie Tatverdächtigen (11,9 %) herausstellen.





## Ausstieg aus Clans unterstützen!

#guterplan

len und verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr den größten Anstieg der Straftaten, heißt es im Lagebild. Eine NRW-Karte in dem Papier zeigt, dass das Ruhrgebiet ein Hotspot ist.

Die Polizei hat laut LKA bei 615 Razzien über 1570 Objekte kontrolliert, darunter mehr als 220 Shishabars, 60 Restaurants, 30 Spielhallen und 90 Wettbüros: 23,2 % der Objekte wurden unmittelbar durch die Behörden geschlossen, u. a. wegen fehlender Konzessionen, aufgrund von Hygienemängeln oder wegen baurechtlicher Mängel.

Auch andere Entwicklungen lassen sich aus dem Lagebild ablesen: Vor drei Jahren begann Nordrhein-Westfalen als Vorreiter ein Aussteigerprogramm für junge Menschen aus kriminellen Clans. Das Programm namens „Kurve kriegen“ zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 17 Jahren, die aus polizeibekanntem Clanfamilien oder deren Umfeld stammen, vor kriminellen Strukturen zu bewahren.

Laut dem neuen Lagebild sind mittlerweile 39 Teilnehmer in Städten wie Bochum, Essen und Gelsenkirchen aktiv. Das Projekt dient als präventiver Ansatz, um Alternativen zur Kriminalität aufzuzeigen. Es wird auch international übernommen, wie in Schweden mit dem Programm „Rätt Kurva“.

Trotz all diesen Erfolgen: Dass es überhaupt ein neues Lagebild gibt, ist nicht selbstverständlich. Als Kritik wird vorgebracht, dass dieses Lagebild bestimmte Personengruppen stigmatisiere und sie unter Generalverdacht stelle. Ich bin hingegen überzeugt, dass die Bekämpfung dieser Form von Kriminalität nach wie vor eine bedeutende Arbeit für die Sicherheit unseres Landes und unserer Mitbürger darstellt.

Der signifikante Anstieg der Straftaten mit Clanbezug zeigt, dass die Null-Toleranz-Strategie ihre Berechtigung hat und eine erhöhte Aufdeckung von bisher unentdeckten Straftaten erfolgt.

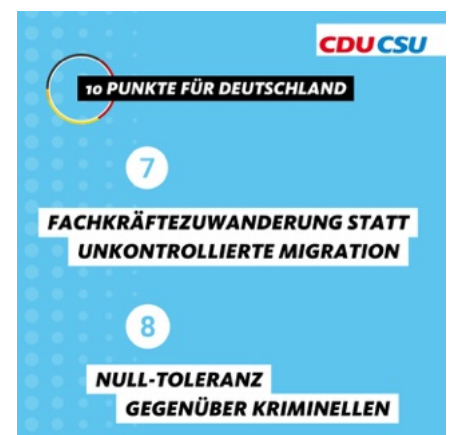
Die Beschlagnahmung illegitimer Vermögenswerte der Familien stellt für sie einen empfindlichen Punkt dar, da sie auf finanzieller Basis operieren. Die Bekämpfung der Clankriminalität erfordert erhebliche personelle Ressourcen, die über die üblichen kriminalpolizeilichen Kapazitäten hinausgehen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Polizeikräfte in ihrer Gesamtheit zu stärken.

Unabhängig davon, dass politische Unterstützung für die Polizei essenziell ist, um effektiv gegen

die Clankriminalität vorzugehen. Die Diskussionen vonseiten der GRÜNEN über diese Thematik lenken den Fokus von der eigentlichen Herausforderung und den eigentlichen Gefahren ab. Die Clankriminalität stellt eine hochkriminelle Form der organisierten Kriminalität dar, die auf familiären Strukturen aufbaut und den Rechtsstaat nicht respektiert.

Es gibt in diesen Großfamilien immer wieder Personen, die nichts mit den kriminellen Strukturen gemein haben und sicherlich auch allein aufgrund ihres (Clan-)Namens auf Schwierigkeiten stoßen können.

Aber natürlich gilt doch auch in diesen Fällen: Kein unbescholtener Bürger wird in unserem Rechtssystem für etwas belangt werden, wofür er nicht verantwortlich ist. Und die sicherheitspolitische Notwendigkeit, das Lagebild Clankriminalität beizubehalten, überwiegt die Problematik, die manche in den Begrifflichkeiten sehen. ■



# IN GESPRÄCHEN

Der **Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)** lud die Abgeordneten des Landtags NRW in der Plenarwoche zum alljährlichen „Miteinander am Lagerfeuer“. Hier kamen wir mit den jungen Katholiken über die finanziell herausfordernde Lage der Jugendverbände ins Gespräch.

Dabei nahmen sie uns die Zusage ab, eines der Projekte ihrer 72-Stunden-Aktion zu unterstützen. Bei der Sozialaktion des BDKJ werden im April kommenden Jahres innerhalb von 72 Stunden überall in Deutschland verschiedene soziale Projekte durchgeführt.

Wir sind gespannt, welche Projekte für den Kreis Heinsberg geplant werden und unterstützen diese gerne! ■

## BDKJ vor dem Landtag



Thomas Schnelle, Dominik Herff, Landesvorsitzender und Diözesanverbandsvorsitzender für Aachen des BDKJ, Bernd Krückel und Lukas Thüring, BDKJ Aachen

## Caritas vor dem Landtag

In einer Kundgebung vor dem Landtag in Düsseldorf setzte sich die Caritas bei den Landtagsabgeordneten für eine faire Verteilung der Klimaschutzlasten ein. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen spezielle Unterstützung beim Klimaschutz erhalten. Die Organisation betonte, dass die Klimakrise besonders Menschen mit geringem Einkommen trifft und Maßnahmen zur sozialen Gerechtigkeit nötig sind.

Viele Abgeordnete der CDU-Fraktion kamen auf der Wiese vor dem Landtag mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas ins Gespräch. Bernd Krückel hatte dabei die Gelegenheit, den neuen

Diözesandirektor des Caritasverbands im Bistum Aachen kennenzulernen und sich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas Heinsberg auszutauschen. ■

